

Senatsbeschlüsse

über die 191. Sitzung des Senats

am 18.12.2018, 11:15 Uhr

4665.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom
11. bis 13.12.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 11. bis 13. Dezember 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 11. Dezember 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 12. Dezember 2018)

Nr. 19/571 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklung des Theaters Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2018
(Drucksache [19/786 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/824 S](#))
2. Das Theater stärken - das Publikum einbeziehen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/862 S](#))
3. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in
der Inklusion
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/858 S](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/572 S

Fragestunde

1. Auswärtige Konkurrenz für Bremer Taxifahrer
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 30. Oktober 2018
2. Wie steht es um die Umsetzung des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes (BremWoSchG)?
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 30. Oktober 2018
3. Klimafreundliche Erzeugung der Essensangebote in öffentlicher Gemeinschaftsverpflegung in Bremen vorantreiben!
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Oktober 2018
4. Carsharing in Huchting – wann und wo?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. November 2018
5. Barrierefreiheit im Forum Am Wall endlich gewährleistet?
Anfrage der Abgeordneten Ingelore Rosenkötter, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 8. November 2018
6. Digitales Testfeld in den bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. November 2018
7. Wie viele Menschen leben in Bremen auf der Straße?
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. November 2018
Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Mögliche Standorte für die Wagenburg-Crew Ölhafen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 13. November 2018
9. Anmeldeverfahren für das erste Schuljahr
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 14. November 2018
10. Ridesharing – eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. November 2018
11. Moscheen im Fokus des Verfassungsschutzes
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 20. November 2018

12. Messung der Luftqualität in der Stadt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 20. November 2018

13. Hinweistafel zum „Lichtbringer“

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. November 2018

14. Ist das Gymnasium Horn baulich fit für die Inklusion?

Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 26. November 2018

15. Nachnutzung des „Blauen Dorfes“ in Vegesack

Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Silvia Neumeyer, Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/573 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Rot-Grüner Senat ohne Plan und Ziel – Investoren brauchen verbindlichen Rahmen für die Innenstadtentwicklung".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/574 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 10. Dezember 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 18. August 2017
(Drucksache [19/558 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 15. November 2018
(Drucksache [19/872 S](#))

Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Empfehlungen des Rechnungshofs und der Gemeindeprüfung, wie in Nummer III Absatz 3 des Antrags beschrieben, umzusetzen und dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss jährlich über den Sachstand zu berichten.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

3. Flächennutzungsplan Bremen, 3. Änderung
Bremen-Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg)

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/873 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen sowie die Veröffentlichung als Amtliche Bekanntmachung.

4. Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück
zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg
und Vahrer Straße

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/874 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2478.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/575 S

**Erbpacht statt Veräußerung nutzen, um
Immobilienherstellungskosten nachhaltig zu reduzieren – Ein
neuer Weg zum bezahlbaren Wohnraum?**

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 7. September 2018
(Drucksache [19/837 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018

(Drucksache [19/867 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/576 S

Erbbauzinssatz senken – für eine nachhaltige öffentliche Bodenpolitik!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Dezember 2018

(Neufassung der Drs. [19/877 S](#) vom 22. November 2018)

(Drucksache [19/886 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Zinssatz für die Vergabe von Erbbaurechten für Wohnungsbau und Gewerbenutzung mindestens auf die aktuelle Höhe des Zinssatzes für Immobilienkredite zu senken.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, für förderungswürdige Nutzungen wie sozialer Wohnungsbau oder Kleingewerbe besonders günstig gestaltete Erbbauverträge vorzusehen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sich bei der Vergabe von Flächen im öffentlichen Eigentum stärker als bisher auf das Instrument der Vergabe in Erbbaurecht zu orientieren.
4. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum März 2019 der Stadtbürgerschaft über sein Handeln bezüglich der Punkte 1. bis 3. zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Finanzen (federführend), den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/577 S

Verkehrskonzept Freimarkt überarbeiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 29. November 2018

(Drucksache [19/882 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/893 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum Frühjahr 2019 ein überarbeitetes Verkehrskonzept für den Freimarkt vorzulegen, das unter anderem folgende Punkte enthält:

1. In das Werbekonzept für den Freimarkt werden verbindlich dringliche Hinweise auf die Verkehrssituation rund um die Bürgerweide eingearbeitet und nachdrücklich auf die Möglichkeit des direkten Freimarktzugangs vom Nordausgang des Hauptbahnhofes, der Haltestelle Hermann-Böse-Gymnasium und Falkenstrasse/Findorfftunnel hingewiesen. Dabei wird auch auf die Verbindungen der Züge des Fern- und Nahverkehrs (unter anderem Regio-S-Bahn), die Bus- und Straßenbahnverbindungen als direktem Zugang zum Freimarkt nachdrücklich hingewiesen.
2. An Feiertagen und Wochenenden muss eine Ausweitung des Angebots von BSAG/VBN erfolgen. Ein gut kommuniziertes und nutzerfreundliches Park-and-ride-Konzept wird angeboten und überregional bekannt gemacht. Eine Erweiterung von Park-and-ride-Parkplätzen mit Shuttle-Verkehren wird angestrebt. Dazu wird die temporäre Zugänglichkeit des Bahngeländes über die Zufahrt Hemmstraße geprüft.
3. Der Bürgerpark wird durch effektive Sperrung von potenziellen Zufahrtswegen für Kfz nachdrücklich geschützt, die Zufahrt zur Gastronomie am Emmasee ist sicherzustellen.
4. Der alte Baumbestand im Uferbereich des Torfkanals wird in Abstimmung mit dem Beirat wirksam vor Schäden durch Parken geschützt.
5. Um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und Anwohnerinnen und Anwohner während der Freimarktszeit vor unzumutbaren Situationen zu schützen, werden die temporären Verkehrsregeln effektiv überwacht.
6. Für die unmittelbar angrenzenden Ortsteile Bürgerweide und Weidedamm werden für die Freimarktszeit verkehrslenkende Maßnahmen geprüft.
7. Für das Abstellen von Fahrzeugen der Schaustellerinnen und Schausteller wird rechtzeitig ein ausreichendes Angebot geschaffen.
8. Das Verkehrskonzept Freimarkt soll an die konkreten Erfordernisse für die Osterwiese und Großveranstaltungen auf der Bürgerweide angepasst und angewendet werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/578 S

Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. April 2018

(Drucksache [19/769 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu erstellen, wie die bisherigen Angebote zur Unterstützung von geflüchteten Personen in Unterkünften umgeschichtet werden können, um eine verbesserte Unterstützung im privaten Wohnraum anzubieten. Dabei soll Berücksichtigung finden,
 - dass die bestehenden Strukturen der Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittler (SprInter) und der Anlaufstellen „Ankommen im Quartier“ (AiQ) auf weitere Kooperationsmöglichkeiten und daraus resultierenden Synergieeffekte überprüft werden,
 - dass in allen Stadtteilen entsprechend der Zuzüge ein Angebot wünschenswert ist und dass die wohnortnahen Angebote auch durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bisher in den Übergangwohnheimen tätig waren, erbracht werden können.
2. das Konzept innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration vorzulegen, inklusive Aussagen über die konkreten Umsetzungsschritte in den Stadtteilen und die Umschichtung der Finanzierung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/579 S

Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. August 2018

(Drucksache [19/825 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/580 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018

(Drucksache [19/827 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. November 2018

(Neufassung der Drucksache [19/848 S](#) vom 24. September 2018)

(Drucksache [19/871 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Mit Annahme der Drucksache 19/847 S hat sich die Drucksache 19/827 S erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/581 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

vom 21. September 2018

(Drucksache [19/847 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/582 S

Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/778 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/583 S

Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 28. September 2018

(Drucksache [19/851 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/584 S

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs Sögestraße

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018

(Drucksache [19/866 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/585 S

**Bebauungsplan 2474
für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg
und Kirchhuchtinger Landstraße**

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018

(Drucksache [19/875 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2474.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/586 S

Sturmgewehre und Co. raus aus den Privathäusern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018

(Drucksache [19/879 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, anlässlich der jährlich durchzuführenden Kontrollen der ordnungsgemäßen Aufbewahrung von Waffen und der damit einhergehenden Überprüfung der persönlichen Eignung zum Waffenbesitz bei halbautomatischen Langwaffen des Typs AR-15 ein Angebot zum Kauf dieser Waffen zum Marktwert abzugeben, sofern eine Einziehung der Waffen rechtlich nicht möglich ist. Das Kaufangebot soll unter dem Vorbehalt stehen, dass sich die betroffene Person verpflichtet, für einen Zeitraum von mindestens acht Jahren auf den Erwerb eines entsprechenden bauartähnlichen Ersatzmodells zu verzichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/587 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 33

vom 30. November 2018

(Drucksache [19/889 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/588 S

**Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und
Gebührenordnung der Übergangswohneinrichtungen der
Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/890 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/589 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/832 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/876 S](#))
2. Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/839 S](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/880 S](#))
3. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 14. August 2017
(Neufassung der Drucksache [19/549 S](#) vom 8. August 2017)
(Drucksache [19/559 S](#))
4. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen
Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 14. September 2018
(Drucksache [19/841 S](#))

5. Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. Oktober 2018
(Drucksache [19/852 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/881 S](#))

6. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. Oktober 2018
(Drucksache [19/853 S](#))

7. Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Oktober 2018
(Drucksache [19/857 S](#))

8. Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger durch ein innovatives und smartes Warnsystem erhöhen – Einführung des Pilotprojektes „Bike-Flash“ in Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2018
(Drucksache [19/883 S](#))

9. Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/864 S](#))

10. Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/878 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 12. Dezember 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 13. Dezember 2018)

Nr. 19/1157

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Feststellungen und Bewertungen des staatlichen Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile an der Bremer Landesbank

Bericht des staatlichen Controllingausschusses vom 20. August 2018
(Drucksache [19/1776](#))
2. Von Dortmund lernen und die Potenziale von Freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1894](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1956](#))
3. Eine „Europäische Universität“ in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1903](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1957](#))
4. Gleichstellungspolitik in Bremen – Strategie oder Ignoranz?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1906](#))
5. Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2018
(Drucksache [19/1908](#))
6. Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 14. November 2018
(Drucksache [19/1917](#))

7. Inklusiv Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der
SPD
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1920](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1158

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Dr. Magnus Buhler, Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Marode Brücken hat das Land – systematische Vernachlässigung statt vernünftiger Instandhaltung – stürzt Bremen noch tiefer ins Verkehrschaos?“

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1159

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 10. Dezember 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“ zulassen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1798](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres (federführend) und den Rechtsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Personalbericht 2018 – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2016

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1841](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für Geflüchtete ermöglichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Oktober 2018
(Drucksache [19/1870](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Erfolgreiche systematische EU-Förderprogrammstrategie auch auf Förderprogramme des Bundes und der Zivilgesellschaft übertragen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 24. Oktober 2018
(Drucksache [19/1882](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. analog der erfolgreichen Ausschöpfung von EU-Fördermitteln verstärkt an Bundesprogrammen beziehungsweise Förderprogrammen von Initiativen, Vereinen und Verbänden in den Bereichen Klima- und Ressourcenschutz oder nachhaltige Mobilität, aber auch in anderen Bereichen zu partizipieren und dafür eine Strategie zu entwickeln. Dabei sind die vorhandenen guten Beispiele im Sinne von best practice zu ermitteln;
2. die hiermit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne einer verbesserten Teilnahme dafür fortzubilden;
3. hierbei auch darzustellen, wie Veranschlagung und Bewirtschaftung der notwendigen Komplementärmittel erfolgen könnte und

4. der Bürgerschaft (Landtag) sechs Monate nach Beschlussfassung darüber zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, bau und Verkehr und den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

5. Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen unterbinden – Anfechtungsmöglichkeit für Behörden erneut prüfen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/1886](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Der Instandhaltungsbereich der Bahn braucht eine Zukunft in Bremen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. Oktober 2018
(Drucksache [19/1891](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Beschleunigung der Planung und Erstellung von öffentlichen Bauten; Paradigmenwechsel bei der Beschaffung und Verwertung öffentlicher Flächen; Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anstalt für Immobilienaufgaben

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1895](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018

(Drucksache [19/1817](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

9. 21. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Mitteilung des Senats vom 13. November 2018

(Drucksache [19/1910](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 18. August 2018

(Drucksache [19/1188](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht des Rechnungshofs zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Gemeinsame beratende Äußerung nach § 88 Abs. 2 LHO zu den Finanzaufweisungen des Landes an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven für die Wahrnehmung von Landesaufgaben

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 15. November 2018
(Drucksache [19/1918](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht des Rechnungshofs zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1922](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Solidarität mit den Menschen in der Westsahara und in Tibet zeigen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1931](#))

Am 27. Februar 2019 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) beflaggt.

Am 10. März 2019 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge Tibets beflaggt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1933](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

15. Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018

(Drucksache [19/1934](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

16. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn

Dr. Stephan Haberland

zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG)

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018

(Drucksache [19/1941](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1160

Bericht zum Rechtsanspruch auf Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1827](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1161

Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1826](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen aus der Drucksache [19/1961](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1162

**Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen
Behindertengleichstellungsrechts**

Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Soziales,
Jugend und Integration
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1961](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen
Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1163

**Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – subjektive
Rechte ins Bremische Hochschulgesetz aufnehmen**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD
und der FDP
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1962](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention, bekennt sich zu deren Zielsetzung und verfolgt die Umsetzung im Land Bremen mit Nachdruck.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die hohe Bedeutung einer gesetzlich verankerten Inklusionsstrategie auch für den Wissenschafts- und Hochschulbereich an und erachtet es als notwendig, das Bremische Hochschulgesetz dahingehend fortzuentwickeln. Die Bürgerschaft (Landtag) hält daher die Aufnahme von subjektiven Rechten ins Hochschulgesetz für vordringlich. Eine frühzeitige Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Senat und dem Landesbehindertenbeauftragten ist wünschenswert.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist die Ziffer 2 des Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1164

Zukunft des Landesmindestlohns

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 26. September 2018

(Drucksache [19/1848](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018

(Drucksache [19/1942](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1165

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 5. Dezember 2018

(Drucksache [19/1946](#))

(1. Lesung)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1166

Ist Bremen für den Brexit ausreichend gewappnet?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 23. Oktober 2018

(Drucksache [19/1871](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. November 2018

(Drucksache [19/1912](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1167

Sozialen Wohnungsbau ausweiten und Anreize für soziale Durchmischung der Ortsteile setzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 2018

(Drucksache [19/1927](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. für die Vergabe öffentlicher Flächen ein Sozialquotenmodell konzeptionell zu erstellen, das bei einer generellen Erhöhung der Sozialquote auf mindestens 30 Prozent ein Abschlagssystem für Ortsteile mit besonders starker sozialer Belastung vorsieht;
2. zu überprüfen, wie sich die Bagatellgrenze im Geschosswohnungsbau und bei Reihenhäusern im Alltag bewährt hat, und gegebenenfalls einen Vorschlag für die Anpassung zu entwickeln;
3. eine Prognose zu erstellen, ob die bisherigen Bremer Finanzierungsinstrumente in ihrer Art und im Umfang bei den bisher geplanten und absehbaren Bauvorhaben im geförderten Wohnungsbau in den nächsten vier Jahren auskömmlich sind;
4. im „Bündnis für Wohnen“ für diese Weiterentwicklung der sozialen Bodenordnung in der Stadtgemeinde Bremen zu werben und die beteiligten Akteure für dieses Vorgehen zu gewinnen;
5. über die Ergebnisse bis zum 30. April 2019 in der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend), die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatskanzlei und den Magistrat Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1168

**Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/
Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und
Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. Juni 2018

(Drucksache [19/1738](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018

(Drucksache [19/1764](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1169

**Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen
verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. Juli 2018

(Drucksache [19/1753](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 13. Dezember 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 14. Dezember 2018)

Nr. 19/1170

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit
der Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
der FDP

vom 29. Mai 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)

(Drucksache [19/1692](#))

2. Fachkräftesicherung erfordert Taten statt Worte
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1823](#))
3. Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 1. November 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1780](#) vom 21. August 2018)
(Drucksache [19/1892](#))
4. Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1787](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1896](#))
5. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2018
(Drucksache [19/1799](#))
6. Wissen, Kreativität und Wirtschaft bündeln – Masterplan Dienstleistungen aufstellen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1930](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1171

Fragestunde

1. Übergriffe auf Obdachlose
Anfrage des Abgeordneten Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 1. November 2018
2. Schüler ohne Aufenthaltsgenehmigung
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 1. November 2018
3. Anfrage doppelte Staatsbürgerschaft
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 1. November 2018

4. Ungeklärte Mordfälle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 1. November 2018
5. Entlastung der Gerichte durch Online-Gerichtsverfahren
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. November 2018
6. MEZIS e. V. „Mein Essen zahl ich selbst“ – Initiative unbestechlicher Ärztinnen und Ärzte
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. November 2018
7. Werden von der WFB Gewerbeflächen in Bremerhaven vermittelt, wenn die Flächen in Bremen knapp sind?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 1. November 2018
8. Brexit-Übergangsgesetz – Folgt Bremen dem Vorbild Niedersachsens?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 1. November 2018
9. Ist die „gedruckte Verwaltungsarbeit“ noch immer gängige Praxis in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 2. November 2018
10. Bundeshilfe für Ganztagschulen und Horte gestrichen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. November 2018
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Sanktionen gegen Kinder und junge Menschen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Nelson Janßen, Claudia Bernhard, Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2018
12. Junge Menschen im Land Bremen ohne Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2018
13. Wie werden Aus- und Weiterbildungsangebote in der Altenpflege angenommen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 13. November 2018

14. Wird allen unbegleiteten Geflüchteten das Recht auf Schule gewährt?

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 23. November 2018

15. Leerstehende Flüchtlingsunterkünfte im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 26. November 2018

16. Wann kommt das vereinfachte Verfahren bei der Einfuhrumsatzsteuer?

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Jens Eckhoff, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. November 2018

17. Wie viele Menschen wurden seit Anfang des Jahres abgeschoben?

Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. November 2018

18. Wohnungseinbrüche in der dunklen Jahreszeit

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1172

Bremerhavens Wirtschaft braucht eine Kaje an der Westseite des Fischereihafens

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2018
(Drucksache [19/1856](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1173

Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1450](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1174

Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

vom 7. August 2018

(Drucksache [19/1765](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1175

Anbieterkreis für Unterstützungsleistungen im Alltag ausweiten – Pflegebedürftige und Angehörige entlasten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. August 2018

(Drucksache [19/1767](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1176

Bremisches Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmäler (Bremisches Denkmalschutzgesetz – BremDSchG)

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1754](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1177

Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst abschaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 4. September 2018

(Drucksache [19/1810](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1178

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Januar 2017

(Drucksache [19/910](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1179

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“

Bericht und Antrag des Verfassungs- und

Geschäftsordnungsausschusses

vom 11. September 2018

(Drucksache [19/1815](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1180

Das eigene Geschlecht – eigene Entscheidung: Geschlechtszuweisende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern verbieten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1919](#))

1. Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen mit dem Ziel des Verbots von aufschiebbaren geschlechtsverändernden Operationen an intersexuellen Säuglingen und Kindern. Operationen vor Erreichen der Einwilligungsfähigkeit und ohne interdisziplinäre Aufklärung sowie einer angemessenen Bedenkzeit sind grundsätzlich gesetzlich für unzulässig zu erklären. Maßnahmen zur Abwendung einer lebensbedrohlichen Situation oder zur Abwendung einer schwerwiegenden körperlichen Gesundheitsbeeinträchtigung sind von diesem Grundsatz ausgenommen.
2. Der Senat wird gebeten, sich auf Bundesebene und in den Bremer und Bremerhavener Kliniken und Gesundheitsämtern sowie im Dialog mit den Ärztekammern dafür einzusetzen, dass Ärztinnen und Ärzte gendersensibel, das heißt unter anderem frei von zweigeschlechtlichen und heteronormativen Vorstellungen, aus- und weitergebildet werden.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1181

Keine Fotos bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. November 2018
(Drucksache [19/1921](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im gesamten öffentlichen Dienst und Ausgliederungen (Eigenbetrieben, Anstalten des öffentlichen Rechts, Stiftungen, Sonderhaushalte) sowie in bremischen

Mehrheitsgesellschaften ab sofort die Bewerbungsverfahren für alle Stellen so zu gestalten, dass Fotos in den Bewerbungsunterlagen nicht mehr berücksichtigt werden, um möglichen Diskriminierungen vorzubeugen;

2. zu prüfen, inwieweit das komplett anonymisierte Bewerbungsverfahren in einem weiteren Modellprojekt erneut getestet werden kann;
3. dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau binnen eines Jahres über die Umsetzung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen (federführend) Senator für Inneres, den Senator für Justiz und Verfassung, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Senator für Kultur, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Senatskanzlei, die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1182

Gesetz zur fortlaufenden Untersuchung der Kriminalitätslage und ergänzenden Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik im Land Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1929](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1183

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes

Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1935](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1184

Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter vollumfänglich einhalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 29. November 2018

(Drucksache [19/1939](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter im Polizei- und Justizvollzug, insbesondere im Bereich der Durchsuchung mit vollständiger Entkleidung, vollumfänglich umzusetzen und der staatlichen Deputation für Inneres und dem Rechtsausschuss bis zum 30. April 2019 zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbeteten Berichts an die Deputation für Inneres und dem Rechtsausschuss bis zum 30. April 2019.

Nr. 19/1185

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen – Dem Wunsch von Verstorbenen über das Verstreuen ihrer Asche Geltung verschaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Dezember 2018

(Drucksache [19/1940](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an

die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1186

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 33

vom 30. November 2018

(Drucksache [19/1951](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1187

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbot des Mitführens und der Abgabe von Glasflaschen oder Trinkgläsern in bestimmten Gebieten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Dezember 2018

(Drucksache [19/1952](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:
Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1188

Konzept „Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen“

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache [19/1763](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1189

Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Drucksache [19/1773](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018

(Drucksache [19/1842](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1190

Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. August 2018
(Drucksache [19/1778](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018

(Drucksache [19/1818](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1191

Attraktivierung des Klimahauses Bremerhaven jetzt auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2018
(Drucksache [19/1953](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1192

Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 22. August 2018

(Drucksache [19/1790](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 5. Dezember 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1905](#) vom 6. November 2018)

(Drucksache [19/1945](#))

u n d

Änderungsantrag der Abgeordneten Susanne Wendland

vom 12. Dezember 2018

(Drucksache [19/1965](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [19/1945](#) - Neufassung der Drucksache [19/1905](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache 19/1965) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für ein faires und der Realität angemessenes Existenzminimum einzusetzen. Hierbei ist ein Verfahren unter Einbindung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände zu entwickeln, das insbesondere Verzerrungen durch das Problem der „verdeckten Armut“ und das Herausrechnen einzelner Bedarfspositionen, die der sozialen Teilhabe dienen, ausschließt und das tatsächliche Existenzminimum ermittelt.
2. sich auf Bundesebene für eine Entschärfung der Sanktionen einzusetzen.
3. auf Landesebene, beispielsweise durch die Vertreterinnen und Vertreter der senatorischen Behörden in der Trägerversammlung der Jobcenter, auf die derzeitige Sanktionierungspraxis der Jobcenter im Sinne einer deutlichen Reduzierung und Entschärfung von Sanktionen einzuwirken.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (federführend), den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1193

Soziale Ungleichheit abbauen – Wirkung von Tarifverträgen stärken, Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. August 2018

(Drucksache [19/1804](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Stärkung der Tarifbindung und der Tarifparteien einzusetzen. Ein wichtiger Teil davon sollte sein, dass Tarifverträge einfacher für allgemeinverbindlich erklärt werden können zum Beispiel durch die Gesetzesänderung, dass ein gemeinsamer Antrag der Tarifvertragsparteien auf Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nur dann abgelehnt werden kann, wenn sich eine Mehrheit im Tarifausschuss gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) ausspricht. Außerdem wird der Senat gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Be-

dingungen eine AVE auch ohne Antragsstellung beider Tarifvertragsparteien ermöglicht werden kann. Über den dann aktuellen Stand seines Tätigwerdens möge der Senat der Bürgerschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung und Vorlage des erbetenen Berichts innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung.

Nr. 19/1194

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 20. Juni 2017

(Drucksache [19/1131](#))

2. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 3. September 2018
(Drucksache [19/1807](#))
3. Was machen die Banken und Versicherungen eigentlich mit meinem Geld? Transparenz des Finanzwesens erhöhen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1816](#))
4. „Solidarische Ökonomie“ stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 12. September 2018
(Drucksache [19/1820](#))
5. Konzept des Senats „Hebammenvermittlungsstellen zur besseren Versorgung und Vernetzung einrichten“
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1821](#))
6. Potenziale der Binnenschifffahrt stärker nutzen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1824](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. November 2018
(Drucksache [19/1911](#))
7. Mehr Gesundheitsschutz und Prävention durch Drugchecking?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. September 2018
(Drucksache [19/1829](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. November 2018
(Drucksache [19/1937](#))
8. Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1832](#))
9. Erweiterte Nutzungszeiten für wissenschaftliche Bibliotheken ermöglichen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1833](#))

10. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes –
Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (BremBG)
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 20. September 2018
(Drucksache [19/1837](#))
1. Lesung
11. Mehr Ausbildungsplätze ermöglichen: Allgemeine
Ausbildungsfonds im Land Bremen jetzt auf den Weg bringen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. September 2018
(Drucksache [19/1838](#))
12. Bericht zur Haushaltslage der Freien Hansestadt Bremen
gemäß § 3 Absatz 2 des Stabilitätsratsgesetzes –
Stabilitätsbericht 2018
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1839](#))
13. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom
September 2018
Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache [19/1840](#))
14. Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch
zu viel Zucker in der Ernährung
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der
SPD
vom 26. September 2018
(Drucksache [19/1847](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. November 2018
(Drucksache [19/1897](#))
15. Clankriminalität entschlossen bekämpfen
Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1849](#))
16. Pflegenotstand verhindern – Unterbesetzung auflösen –
Fachkräftelücke im Gesundheitswesen nachhaltig schließen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 27. September 2018
(Drucksache [19/1850](#))
17. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig
veröffentlichen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2018
(Drucksache [19/1622](#))

18. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 16. Oktober 2018

(Drucksache [19/1857](#))

19. Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen-Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018

(Drucksache [19/1859](#))

20. Digitalisierung der bremischen Schulen nicht im Sande verlaufen lassen - Lernmanagementsystem „itslearning“ endlich flächendeckend nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 19. Oktober 2018

(Drucksache [19/1867](#))

21. Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 23. Oktober 2018

(Drucksache [19/1877](#))

22. Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 23. Oktober 2018

(Drucksache [19/1879](#))

23. Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 24. Oktober 2018

(Drucksache [19/1883](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018

(Drucksache [19/1943](#))

24. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. November 2018

(Drucksache [19/1904](#))

25. Besuche in Gedenkstätten für alle Schulklassen ermöglichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. November 2018
(Drucksache [19/1909](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

4666.) "Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen"
Bericht des Senats zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die
Grünen vom 23.02.2016 (Drucksache 19/298)
(Vorlage 2585/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2585/19 den in der Mitteilung aufgeführten Bericht zum Antrag „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen“ zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4667.) STRAßENBENENNUNG
Martha-Heuer-Straße
(Vorlage 2586/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2586/19 die vorgeschlagene Straßenbenennung

4668.) Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms
(Vorlage 2587/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2587/19 die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms gemäß § 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme. Die der Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms als Anlagen A bis F beigefügten Dokumente sind nicht Gegenstand der Beschlussfassung.
2. Der Senat beschließt die Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur jährlichen Energieberichterstattung der bremischen Gesellschaften unter Federführung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sowie unter Beteiligung der betroffenen Ressorts. Die Arbeitsgruppe soll dem Senat bis zum 31. März 2019 einen umsetzungsreifen Vorschlag insbesondere zur Abgrenzung des Kreises der berichtspflichtigen Gesellschaften und zur Definition der Anforderungen an Art und Umfang der Berichterstattung zur Beschlussfassung vorlegen.
3. Der Senat befürwortet den Vorschlag, einen ressortübergreifend nutzbaren Fonds zur Kofinanzierung von Klimaschutzprojekten, die aus Mitteln des Bundes oder der Europäischen Union gefördert werden können, bei der Senatorin für Finanzen einzurichten. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, in Abstimmung mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Möglichkeiten zur Ausgestaltung und finanziellen Ausstattung eines solchen Fonds zu prüfen und dem Senat bis zum 31. März 2019 über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
4. Der Senat nimmt die Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter Federführung des Senators für Umwelt, Bau und

Verkehr sowie unter Beteiligung aller Ressorts zur Kenntnis. Die Arbeitsgruppe hat das Ziel, einen Vorschlag zu entwickeln, wie sämtliche Instrumente und Aktivitäten des Landes und der Stadtgemeinde Bremen daraufhin überprüft werden können, ob diese zusätzliche Beiträge zur Erreichung des bremischen CO₂-Minderungsziels für den Zeithorizont 2020 leisten können. Die Arbeitsgruppe soll ihre Tätigkeit kurzfristig aufnehmen und dem Senat bis zum 31. März 2019 einen Zwischenbericht vorlegen.

- 4669.) Zeichnung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zur Übertragung von weiteren Aufgaben auf das Deutsche Institut für Bautechnik durch die Freie Hansestadt Bremen
(Vorlage 2588/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2588/19 das DIBt-Verwaltungsabkommen zur Kenntnis und ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Abkommen für die Freie Hansestadt Bremen durch Zeichnung beizutreten.

- 4670.) "Vermisstenfälle im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2589/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2589/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4671.) Verstetigung des BürgerInformationsService in der Stadtbibliothek West in Gröpelingen
(Vorlage 2590/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2590/19 den Umsetzungsstand des Pilotprojekts „BürgerInformationsService in der Stadtteilbibliothek West in Gröpelingen“ zur Kenntnis.
2. Der Senat überträgt gemäß § 2 Absatz 5 BremPerformaG ab dem 1. Januar 2019 den langfristigen Betrieb des BürgerInformationsService an Performa Nord.

4672.) Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppencontrolling für das Haushaltsjahr 2017
(Vorlage 2591/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2591/19 den von der Senatorin für Finanzen vorgelegten Geschäftsbericht 2017 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Teil A) zur Kenntnis und beschließt die Mitteilungen sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und an die Stadtbürgerschaft.
2. Der Senat beschließt die Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen (Teil B für das Land und Teil C für die Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2017 sowie die Mitteilungen und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.
3. Der Senat nimmt den beigefügten Abschlussbericht zum Produktgruppencontrolling 2017 zur Kenntnis und bittet um die

Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft gemeinsam mit dem Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen 2017.

4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ die Wörter „im Februar 2018“ ersatzlos gestrichen werden.

4673.) Verordnung über das Einheitspersonenkonto (EPKV)
(Vorlage 2592/19 und redaktionelle Neufassung der Senatorin für Finanzen vom 17.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 17. Dezember 2018 die Verordnung über das Einheitspersonenkonto sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen in der weiteren Umsetzung die sich aus der Konzeption und Umsetzung des Datenaustausches zwischen Fachverfahren und der Mittelbewirtschaftung ergebenden Mittelbedarfe im Rahmen der Einrichtung von Einheitspersonenkonten abzustimmen, Übergangsszenarien und deren Finanzierungslösung aufzuzeigen und zusammen mit möglicherweise angedachten dezentralen Zugriffsbeschränkungen mit den Fachressorts abzustimmen und erneut dem Senat vorzulegen.
3. Der Senat beschließt die Darstellung unter B. als Vereinbarung im Sinne des Artikels 26 DSGVO.

- 4674.) Errichtung eines Mahnmals zur Rolle Bremens bei der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und Europa
(Vorlage 2593/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Kultur vom 17.12.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat begrüßt die gefundene Lösung für die Realisierung des Mahnmals im Stufenbauwerk an der Schlachte zwischen Zweite Schlachtpforte und Teerhofbrücke.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, aus dem Produktplan 93 im Haushalt 2019 50T EUR zur Beauftragung der Maßnahme bis zur Entwurfsplanung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Senat bittet den Senator für Kultur, die für die Beauftragung der Maßnahme erforderliche haushaltsrechtliche Ermächtigung bei der Senatorin für Finanzen einzuholen.
4. Der Senat bittet den Senator für Kultur, in Zusammenarbeit mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Erstellung der EW-Bau zu beauftragen und fachlich zu begleiten.

- 4675.) "Therapien für Sexualverbrecher"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2594/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2594/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4676.) Entwurf einer Anordnung zur Änderung der Anordnung des Senats zur Übertragung von dienstrechtlichen Befugnissen (Vorlage 2595/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2595/19 den Entwurf einer Anordnung zur Änderung der Anordnung des Senats zur Übertragung von dienstrechtlichen Befugnissen und deren Bekanntmachung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 4677.) Entwurf des Fünften Hochschulreformgesetzes (5. HSRG) (Vorlage 2596/19 und Neufassung der Anlage 3)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der gemeinsamen Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatorin für Finanzen vom 20. November 2018 den Entwurf eines Fünften Hochschulreformgesetzes.

Der Senat beschließt, diesen Entwurf

1. gemäß § 93 des Bremischen Beamtengesetzes den zuständigen Spitzenorganisationen, also dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Beamtenbund sowie dem Deutschen Hochschullehrerverband und
2. gemäß Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländern

zuzuleiten. Zugleich wird die Stellungnahmefrist auf zwei Wochen ab Beschlussfassung des Senats festgelegt.

- 4678.) Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung
Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII
(Vorlage 2597/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt das unter B. Lösung dargestellte Prüfergebnis der betroffenen Fachressorts SKB und SJFIS und die mit der Senatskanzlei sowie der Senatorin für Finanzen abgestimmte Empfehlung zur Beschlussfassung des Senats zur Kenntnis.

2. Der Senat beauftragt die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, zunächst für 5 Jahre vom Schuljahr 2019/2020 bis zum Ende des Schuljahres 2023/24, das Gesamtverfahren unter Beibehaltung der sozialleistungsrechtlichen Zuständigkeit für Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 5 Ziffer 4 in Verbindung mit § 75 Abs. 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX und § 35a SGB VIII als Rehabilitationsträger gemäß § 6 SGB IX zu übernehmen.
Die haushaltsmäßige konsumtive Abdeckung der Bedarfe für diese grundsätzlich verpflichtenden Leistungen ist in das Haushaltsaufstellungsverfahren 2020-2021 einzubeziehen.
Der Senat bittet das Ressorts SJFIS, zur Haushaltsaufstellung 2020-2021 ein mit dem Ressort SKB abgestimmtes Konzept zur Begrenzung der weiteren Ausgabensteigerung bei den Hilfen zur Teilhabe an Bildung nach § 35a SGB VIII vorzulegen.

3. Der Senat beauftragt die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, zur Haushaltsaufstellung 2020/2021 einen Bericht zum zielgruppenspezifischen Stand der Teilhabe an Bildung seelisch behinderter Schülerinnen und Schüler und den zu berücksichtigenden personellen und konsumtiven Ausgaben vorzulegen.

4. Der Senat beauftragt die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und die Senatorin für Kinder und Bildung zum Schuljahr 2019/2020 mit der Aufhebung der Übergangsvereinbarung und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung um Übergabe erforderlicher Falldokumente sowie Überleitung noch dort eingehender Neuanträge an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.
5. Der Senat stimmt der Einrichtung einer Verwaltungskapazität von bis zu 6,5 Vollzeiteinheiten bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zum 01.01.2019 zu. Die Finanzierung der zusätzlichen Stellen in Höhe von insgesamt 426 Tsd. € erfolgt aus dezentralen Mitteln der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Für den Fall, dass eine Finanzierung durch das Ressort im Vollzug des Haushaltes 2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die von der Senatorin für Finanzen erwartete personelle Entlastung bei der Senatorin für Kinder und Bildung nach dortiger Prüfung nicht darstellbar ist.
6. Der Senat bittet die Ressorts SKB und SJFIS, für das Schuljahr 2018/2019 sowie fortlaufend bis zum Schuljahr 2022/2023, um einen jährlichen Sachstandsbericht über die quantitative und qualitative Bedarfsentwicklung der Leistungen zur Teilhabe an Bildung im Rahmen des § 35 a SGB VIII und der in diesem Zusammenhang relevanten und eingesetzten innerschulischen Inklusionsmaßnahmen.
7. Der Senat beauftragt die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, zum 4. Quartal 2022 einen ressortübergreifenden Gesamtbericht (Evaluation) zur quantitativen und qualitativen Entwicklung der Teilhabe an Bildung seelisch behinderter Schülerinnen und Schüler vorzulegen. Damit verbunden ist eine Überprüfung und Empfehlung zur langfristigen

Aufgabenwahrnehmung durch die genannten Senatsressorts nach Ablauf von fünf Jahren.

8. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Sicherstellung einer weiteren verbindlichen Kooperation von Schule und Jugendhilfe bei der Gewährleistung und Weiterentwicklung der Teilhabe an Bildung von Schülerinnen und Schülern mit einer (drohenden) seelischen Behinderung im 1. Quartal 2019 eine verbindliche Kooperationsvereinbarung vorzulegen.

4679.) Neubau Zentrum für Marine Tropenforschung
(Vorlage 2598/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 12.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 12. Dezember 2018 die Baumaßnahme „Neubau Zentrum für Marine Tropenforschung“ mit Mitteln in der Gesamthöhe von 34,8 Mio. €.
2. Er bittet die Senatorin für Finanzen die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 32,6 Mio. € zu Lasten der veranschlagten VE bei der Zentralen Investitionsreserve zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die notwendige Zustimmung beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
4. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel für die Maßnahme „Neubau Zentrum für Marine Tropenforschung“ i. H. v. 15,95 Mio. € zu. Diese teilt sich folgendermaßen auf die Haushaltsjahre auf: 2020: 2 Mio. €, 2021: 2,75 Mio. €, und der Einplanung im Rahmen der Fortschreibung

der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2022 i. H.V. 7 Mio. € und 2023 i. H. v. 4,2 Mio. €.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4680.) Entwurf eines Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (BremBrexite-ÜG)
(Vorlage 2599/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2599/19 den anliegenden Entwurf eines Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (BremBrexite-ÜG) sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung noch in der nächsten Sitzung.

4681.) Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode
(Vorlage 2600/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2600/19 den Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode zur Kenntnis.

2. Der Senat beschließt die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4682.) Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen –Teilhabe fördern und Diversität gestalten (Vorlage 2601/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2601/19 die Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen –Teilhabe fördern und Diversität gestalten der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie die Mitteilung des Senats zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4683.) "Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion" (Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE) (Vorlage 2602/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2602/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 24.10.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4684.) Entwurf Bekanntmachung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Pflegeberufegesetz
(Vorlage 2603/19 Neufassung der Anlage 1 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2603/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage 1 die Bekanntmachung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Pflegeberufegesetz und deren Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt.

- 4685.) Aktualisierung der Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Bremen (Vorlage 2604/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2604/19 die aktualisierten Prognosewerte zur Bevölkerungsentwicklung in Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Ressorts, bei ihren Fachplanungen die aktualisierten Vorausberechnungen zur Bevölkerungsentwicklung (Anlage 2 und 3) zu berücksichtigen und ggfs. Abweichungen davon anhand von konkreten Bedarfen vor Ort zu begründen und in die Fachplanungen einzubeziehen.
3. Der Senat stimmt der Anwendung der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung bei den Fachplanungen der Senatorin für Kinder und Bildung zu. Abweichungen bei der Berechnung der Zahlen der Kinder und Jugendlichen in Neubaugebieten sind begründet einzubeziehen.
4. Der Senat bittet den Senator für Inneres, in Abstimmung mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, der Senatorin für Kinder und

Bildung sowie dem Senator für Um-welt, Bau und Verkehr, eine aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung unter Zugrundelegung der amtlichen Bevölkerungsdaten für das Jahr 2018, einer aktualisierten Flüchtlingsprognose sowie einer Überprüfung der Annahmen zur zukünftigen Wohnungsbauentwicklung dem Senat im Herbst 2019 vorzulegen.

5. Der Senat bittet dazu die Fachressorts, zwischenzeitlich eingetretene relevante kleinräumige Abweichungen in den Fachplanungen rechtzeitig dem Statistischen Landesamt mitzuteilen.

4686.) Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2018
(Vorlage 2605/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2605/19 den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2018 zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht über die Ergebnisse öffentlicher Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2018 dem Controllingausschuss zuzuleiten.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass im Bericht in Kapitel „I. Besondere Entwicklungen...“ der Punkt „2b“ gestrichen und als neuer Punkt „1e“ eingefügt wird und unter Punkt „2“ „a“ entfällt.

4687.) Beteiligungsbericht 2017 der Freien Hansestadt Bremen
 (Vorlage 2606/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2606/19 den Beteiligungsbericht 2017 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen den Bericht dem Controllingausschuss (Land und Stadt) zuzuleiten.

4688.) Projekt eHaushalt – Sachstand Gesamtprojekt /
 Beteiligungsinformationssystem: Vorlage des Feinkonzepts
 (Vorlage 2607/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2607/19 den Statusbericht zum Gesamtprojekt eHaushalt zur Kenntnis.

2. Der Senat beschließt die Feinkonzept-Festlegung (Anlage 1) zum Beteiligungsinformationssystem BISy einschließlich Leistungsumfang, Workflow und Rechtevergabe der Beteiligungsmanagementeinheiten.

3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen im Einvernehmen mit den Fachressorts die weitere Umsetzung zum BISy über die Unter-AG Beteiligungsinformationssystem vorzunehmen. Um sicherzustellen, dass im Modul Beteiligungsinformationssystem der Workflow zur Erstellung der Managementreporte abgebildet werden kann, wird die Umsetzung im Einvernehmen mit den Fachressorts bezüglich der jeweiligen Bedarfe und der Finanzierung beauftragt. Im Modul Beteiligungsinformationssystem wird durch die Formatierung der quartalsmäßigen Controlling-Berichte (bestehend aus Management-Reports und Gesamtübersicht) sichergestellt, dass diese auch für weitere Gremienbefassungen genutzt werden können. Es wird die Möglichkeit zum automatischen Datenimport auch für die Informationen im jährlichen

Beteiligungsbericht vorgesehen; hierfür werden ggf. seitens der Senatorin für Finanzen Excel-Vorlagen bereitgestellt.

4. Der Senat beschließt den Produktiv-Start des Produktgruppencontrollings, des zentralen Finanzcontrollings, der Pilotbereiche der wirkungsorientierten Steuerung sowie des Beteiligungsinformationssystems zum 02.01.2019. Der erste Controllingbericht zum Produktgruppenhaushalt im Rahmen des eHaushalts wird für den Zeitraum Januar bis April 2019 erstellt (Eingabeschluss voraussichtlich Mai 2019).
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, über den Abschluss der Projektstufe 1 sowie die Planung der Umsetzung von Stufe 2 im April 2019 zu berichten.

4689.) "Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2608/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass die Gender-Prüfung wie folgt gefasst wird:

„Die Bedarfe der Geschlechter werden im Rahmen der ambulanten Gesundheitsversorgung in unterschiedlicher Weise berücksichtigt.“
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2608/19 der schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4690.) "Gewährleistung medizinischer Notfallversorgung von Menschen ohne Papiere"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2609/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2609/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4691.) Neubau eines Ausstellungsbereiches "Extremwetter" im Klimahaus Bremerhaven
Hier: Finanzierung der Planungsleistungen
(Vorlage 2610/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2610/19 dem dargestellten Konzept für eine Reattraktivierung im Klimahaus zum Thema Extremwetter und damit einer Finanzierung der notwendigen Planungskosten in Höhe von 650.000 € (Anteil SWAH) im Jahr 2019 zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

- 4692.) Maßnahmen zur zeitnahen Bereitstellung von Kapazitäten zur Sicherstellung des Schulbetriebs in der Stadtgemeinde Bremen
– Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten für Schulen –
(Vorlage 2611/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 13.12.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 13. Dezember 2018 den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten für das Schuljahr 2019/2020 zu.
2. Der Senat beschließt die Punkte D.1.3.2.1 und D.1.3.3.3 der Richtlinie für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) befristet bis zum 31. Dezember 2025 für Mobilbauten wie unter B Lösung dargestellt zu vereinfachen. Er bittet die Senatorin für Finanzen um eine zeitnahe Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses.
3. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bei der vollständigen Vorlage aller Unterlagen eine kürzest mögliche Bearbeitungsdauer zur Erteilung der Baugenehmigung für die Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten sicher zu stellen.
4. Der Senat nimmt die Änderungen bei der Nutzung von Rahmenverträgen zur Kenntnis.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im ersten Halbjahr 2019 eine mittelfristige und standortbezogene Prognose über notwendige Mobilbauten zur Klassenraumkapazitätserweiterung bis 2025 vorzulegen, um so eine fristgerechte Bereitstellung der notwendigen Klassenraumkapazitäten für jedes Schuljahr sicherzustellen.

4693.) "25 Jahre Bremer Modell – das Gesundheitsprogramm des Bremer Gesundheitsamts für Geflüchtete und Asylsuchende"
(Kleine Anfrage der Fraktion der Bündnis 90/Die GRÜNEN)
(Vorlage 2612/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2612/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4694.) Fortsetzung des Landesprogramms zur Finanzierung der erforderlichen Schulraumkapazitäten zum Schuljahr 2019/20 (SoProSchule II)
(Vorlage 2613/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2613/19 die Mehrbedarfe für die erneute Einrichtung des Landesprogramms zur Finanzierung der erforderlichen Schulraumkapazitäten zum Schuljahr 2019/20 („SoProSchule II“) zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel in 2019 in Höhe von insgesamt 0,795 Mio. € konsumtiv und 9,814 Mio. € investiv durch das Ressortbudget des Produktplanes Kinder und Bildung finanziert werden sollen. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung im Vollzug 2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung über die Abwicklung des Programms im 3. Quartal 2019 zu berichten.

4. Der Senat stimmt für die Fortsetzung des Landesprogramms zur Finanzierung der erforderlichen Schulraumkapazitäten zum Schuljahr 2019/20 der Vorbelastung über den produktplanbezogenen Eckwert hinaus bzw. der Vorabdotierung für konsumtive Ausgaben i.H.v. 1,564 Mio. € in 2020, 2,297 Mio. € in 2021, 2,870 Mio. € in 2022, 3,175 Mio. € in 2023, 3,308 Mio. € in 2024 und 3,328 Mio. € in 2025 sowie für investive Ausgaben 5,737 Mio. € in 2020, 6,080 Mio. € in 2021, 3,068 Mio. € in 2022, 1,859 Mio. € in 2023 und 0,324 Mio. € in 2024 zu.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung über die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
6. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass der Text unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ die folgende Fassung erhält:

„Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen sowie dem Magistrat abgestimmt.“

4695.) Vorbereitungen der Freien Hansestadt Bremen auf den Brexit
(Vorlage 2614/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Vorlage „Vorbereitungen der Freien Hansestadt Bremen auf den Brexit“ mit der Anlage 1 „Bericht über den Stand der Verhandlungen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs sowie die entsprechenden Aktivitäten Bremens auf Landes , Bundes- und europäischer Ebene“ und der Anlage 2 „Vorbereitungen der Freien Hansestadt Bremen auf den Brexit: Normenscreening“ zur Kenntnis.
2. Der Senat stellt fest, dass der Brexit in vielen Politikbereichen in rechtlicher und fachlicher Hinsicht komplexe Auswirkungen auf das Land Bremen haben wird. Diese Auswirkungen müssen koordiniert, begleitet

und umgesetzt werden. Der Senat bittet die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, ein Konzept für die Erledigung dieser Aufgabe vorzulegen.

3. Der Senat bittet die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit den Senat bei maßgeblich neuen Entwicklungen erneut zu informieren.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „B. Lösung“ im letzten Absatz die Abkürzung „BEEE“ durch „BBEE“ und das Wort „Ämtern“ durch „Behörden“ ersetzt wird.
 - unter „D. Finanzielle...“ im ersten Satz das Wort „hätte“ durch das Wort „kann“ ersetzt und am Ende des Satzes das Wort „haben“ ergänzt. Im anschließenden Satz wird die Abkürzung „BEEE“ durch „BBEE“ ersetzt wird.

4697.) Organstreitverfahren der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft Jan Timke, Piet Leidreiter und Klaus Remkes gegen den Senat der Freien Hansestadt Bremen
Stellungnahme des Senats zum Schriftsatz des Antragstellers vom 30.11.2018
(Tischvorlage der Senatskanzlei vom 17.12.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 17. Dezember 2018 die Stellungnahme zum Schriftsatz des Antragstellers.
2. Der Senat bittet die Senatskanzlei, den Schriftsatz mit 11 Abschriften beim Staatsgerichtshof einzureichen.